

19. August 2010

PRESSEMITTEILUNG

**Zentralrat Deutscher Sinti und Roma appelliert an den französischen Staatspräsidenten Sarkozy :
Massenabschiebungen sofort stoppen !**

Diskriminierende Stimmungsmache bereitet Boden für rechtsextreme Gewalt !

In einem Schreiben an den Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy appelliert der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, heute an die französische Regierung, die Abschiebung von Roma sofort zu beenden. Diese Abschiebungen seien inhuman und würden die betroffenen Menschen zurück in extreme Armut und Not schicken. Eine solche Politik löse keine Probleme, sondern verschärfe die Spirale von Ausgrenzung und Diskriminierung. Rose appellierte an das „humanitäre Gewissen“ von Präsident Sarkozy, „den Menschen, die in Frankreich Überlebenschancen für sich und ihre Kinder suchen, die Möglichkeit für ein menschenwürdiges Leben“ zu geben.

Vor allen Dingen sei Sarkozys populistische Begründung für die Aktion außerordentlich Besorgnis erregend. Die Ankündigung von Gesetzesänderungen, um Roma-Gruppen leichter abschieben zu können, würde allen Roma eine kollektive Schuld zuschreiben und so die gesamten Minderheiten der Sinti und Roma nicht nur in Frankreich massiv stigmatisieren. Ausschließlich auf Roma zielende Maßnahmen, wie die Einführung eines besonderen Fingerabdruck-Systems, das der französische Innenminister ankündigte, seien nicht akzeptabel und ein Verstoß gegen die französischen wie gegen die europäischen und internationalen Normen und Gesetze. Roma als vorgebliche „Sicherheitsrisiken“ oder als „problematisch“ zu diffamieren, erinnere stark an die rassistischen Argumentationsmuster der ‚Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)‘ oder von ‚Jobbik‘ in Ungarn.

Es sei unverantwortlich, daß derartige Stimmungsmache in Frankreich jetzt vom obersten Repräsentanten des Staates ausgingen und damit rechtsradikale Positionen in der Gesellschaft akzeptabel mache. Dies berge die Gefahr rechtsradikaler Gewalt in sich, wie Vergangenheit und Gegenwart hinreichend zeige. Es sei vielmehr Aufgabe des Staates, die Würde und die Rechte der Menschen zu schützen und nicht, sie zu verletzen.

Frankreich sei kein Land des Rassismus, sondern repräsentiere in Europa noch immer die Werte von Freiheit und Demokratie, erklärte Rose.

Der Zentralrat weist darauf hin, daß die betroffenen Menschen zum Teil seit längerer Zeit sich in Frankreich aufhielten und toleriert worden seien. Sie seien nach Westeuropa gekommen, um der extremen Armut in ihren Heimatländern, die in der Regel gekoppelt ist an ein System der Ausgrenzung und Diskriminierung, zu entkommen. In diesem Zusammenhang erneuerte Rose seine Kritik an den Programmen der Europäischen Union, die in den Herkunftsländern generell versagt hätten. Es sei notwendig, hier von Brüssel aus klare Vorgaben an die Mitgliedsstaaten zu geben, um die beschlossenen Programmen zur Verbesserung der Infrastruktur in den benachteiligten Gebieten endlich zu realisieren, und dabei die Angehörigen der Roma als gleichberechtigte Bürger einzubeziehen. Der Zentralrat erwartet von der Europäischen Union insbesondere, eine klare Position zu den Entwicklungen in Frankreich – aber ebenso auch in anderen Mitgliedsländern – einzunehmen, wenn Minderheiten pauschal und mit rassistischen Argumenten stigmatisiert werden. Dies könne nicht länger als im ausschließlichen Verantwortungsbereich der jeweiligen Staaten liegend verstanden werden und sei eine direkte Verpflichtung der Europäischen Union.

Herbert Heuss

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

herbert.heuss@sintiundroma.de

06221 – 98 11 01